

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIX

1. Abschnitt

Grundlagen vorvertraglicher Aufklärungspflichten 1

1. Kapitel: Culpa in Contrahendo 1

I. Haftung zwischen Vertrag und Delikt 1

II. Grundlagen einer Haftung für culpa in contrahendo 5

1. Haftungsverschärfung vor Vertragsabschluss 8

1.1. Spezialisiertes Verhältnis 8

1.2. Eigene Interessenverfolgung 9

1.3. Erhöhte Gefährdung 15

1.4. Besonderes Vertrauen? 16

1.5. Aufbau einer funktionstüchtigen Rechtsgeschäftsordnung? 20

2. Beginn und Umfang der Haftung aus culpa in contrahendo 21

3. Zusammenfassung 22

III. Abgrenzung: Vorvertragliches Informationsfehlverhalten 24

2. Kapitel: Vorvertragliche Informationspflichten 27

I. Schutzzweck von Informationspflichten 27

1. Allgemeines 27

2. Exkurs: Keine Schaffung einer „formellen Entscheidungsfreiheit“ 33

II. Voraussetzung von Informationspflichten: Vorliegen eines Irrtums 36

1. Irrtum und „Handeln unter Unsicherheit“ 36

2. Exkurs: Erkennbarkeit eines Irrtums für den Aufklärungspflichtigen 49

III. Gegenstand von Informationspflichten: Die Dispositionsgrundlage 50

IV. Zeitliche Grenzen von Informationspflichten aufgrund ihres Schutzzwecks 51

1. Irrtum tritt erst nach vollendeter Willensbildung in Erscheinung 52

2. Aufklärungsrelevante Umstände verändern sich nach Abschluss der Willensbildung 56

3. Exkurs: Dissens	58
V. Das Verhältnis von Informationspflichten und Vertrag	59
1. Beeinflussung von Informationspflichten durch den Vertrag selbst?	59
1.1. Begriffliches	60
1.2. Einfluss der vertraglichen Risikoverteilung auf die vorvertragliche	63
1.2.1. Keine direkte Beeinflussung des Inhalts von Informationspflichten durch den Vertrag	63
1.2.2. Risikogerechter Informationswert von Vertragsklauseln	65
2. Vertragliche Haftungsausschlüsse für die Verletzung von Informationspflichten	71
2.1. Auslegung von Haftungsfreizeichnungen	74
2.1.1. Allgemeines	74
2.1.2. Reichweite vertraglicher Haftungsfreizeichnungen für die Verletzung von Informationspflichten	77
2.1.3. Interpretative Ausdehnung eines Gewährleistungsverzichts auf eine Haftungsfreizeichnung wegen Schadenersatz?	82
2.1.4. Interpretative Ausdehnung eines Verzichtes auf Irrtumsanfechtung auf eine Haftungsfreizeichnung wegen Schadenersatzes?	88
2.1.5. Exkurs: § 937 und § 1389 ABGB	90
2.2. Sittenwidrigkeit von Haftungsfreizeichnungen im Allgemeinen	92
2.2.1. Allgemeines	92
2.2.2. Sittenwidrigkeit von Haftungsfreizeichnungen für die Verletzung vorvertraglicher Informationspflichten	94
2.2.2.1. Das scheinbare Problem der Schutzzweckverfehlung	94
2.2.2.2. Einzelaspekte der Sittenwidrigkeit	96
2.3. Zusammenfassung	103
3. Schlüssige Eigenschaftszusage bei unterlassener Aufklärung?	106
4. Sonstige schlüssige Zusagen bei unterlassener Aufklärung?	112
5. Exkurs: Konkurrenz mit Gewährleistungsrecht	114
2. Abschnitt	
Bestand und Inhalt von Informationspflichten	117
1. Kapitel: Judikatur und Literatur im Überblick	117
I. Österreichische Judikatur	117
II. Österreichische Literatur	122
III. Deutsche Judikatur	122

IV. Deutsche Literatur	127
V. Würdigung und weiterer Gang der Untersuchung	130
2. Kapitel: Eigene Ansicht	133
I. Ausgangspunkt von Aufklärungspflichten: Informationelle Eigenverantwortung der Parteien als Korrelat ihrer Privatautonomie	134
1. Konsequenzen und Schlussfolgerungen für den Regelfall	140
1.1. Obliegenheit zur Selbstinformation und Risikozuweisung	140
1.2. Keine Pflicht zur Fremdinformation als Regelfall	143
1.3. Conclusio	144
2. Konsequenzen und Schlussfolgerungen für den Ausnahmefall	145
2.1. Dogmatische Grundlagen von Informationspflichten	145
2.2. Grundlegende Zweiteilung von Informationspflichten nach den normativen Gründen ihres Bestandes	150
2.3. Bedeutung dieser Zweiteilung: Unterschiede von Informationspflichten „aufgrund der Tragung der Informationslast“ und solchen „aufgrund positiven Wissens“	154
2.4. Exkurs: Keine Rückschlüsse auf den Bestand einer Obliegenheit zur Selbstinformation bzw einer Pflicht zur Fremdinformation aus dem faktischen Können der Parteien	157
3. Conclusio	163
II. Aufklärungspflichten aufgrund der „Tragung der Informationslast“ als Ausnahme von der Obliegenheit zur Selbstinformation	167
1. Allgemeines: Inhaltliche Bestimmung der Aufhebung der Obliegenheit zur Selbstinformation	167
2. Standardisierte Verkehrserwartungen der Parteien: „Verteilung der Informationslast“	171
2.1. Allgemeines	171
2.2. Inhalt berechtigter Verkehrserwartungen	176
2.2.1. Vorab: Prinzipielle Einschränkungen berechtigter Verkehrserwartungen	178
2.2.2. Verkehrserwartungen über die vertragliche Gegenleistung des Vertragspartners	182
2.2.2.1. Gewöhnlich vorausgesetzte Eigenschaften	182
2.2.2.2. Gewöhnlich vorausgesetzter Verwendungszweck	190
2.2.2.3. Gewöhnlich vorausgesetzte Gesetzeskonformität	192
2.2.3. Verkehrserwartungen über den Vertragspartner	194
2.2.4. Verkehrserwartungen über die Durchführung des Vertragsverhältnisses	198

2.3. Zusammenfassung: Verteilung der Informationslast aufgrund berechtigter Verkehrserwartungen	203
3. Veränderung berechtigter Erwartungen durch die Parteien: „Verschiebung der Informationslast“	204
3.1. Schaffung berechtigter Erwartungen des Vertrags- partners	206
3.1.1. Schaffung einer berechtigten Erwartung durch freiwilliges Erteilen von Informationen	207
3.1.1.1. Art der Schaffung einer berechtigten Erwartung	207
3.1.1.2. Inhalt der berechtigten Erwartung	210
3.1.1.2.1. Richtigkeit und Vollständigkeit erteilter Informationen	212
3.1.1.2.2. Zeitliche Begrenzung einer Ausdehnung der Informationslast: Korrektur und Aktualisierung von Informationen?.....	221
3.1.2. Schaffung einer berechtigten Erwartung durch Beantworten einer Frage	222
3.1.2.1. Art der Schaffung einer berechtigten Erwartung	222
3.1.2.2. Inhalt der berechtigten Erwartung beim Beantworten einer Frage.....	224
3.1.3. Schaffung einer berechtigten Erwartung durch die schlüssige Übernahme einer „informationellen Rolle“.....	226
3.1.3.1. Art der Übernahme einer informationellen Rolle ...	227
3.1.3.2. Exkurs: Keine schlüssige Rollenübernahme durch Handlungen, die im Eigeninteresse gesetzt werden – zugleich eine Erörterung der Grundlagen einer Haftung für die Verwendung unzulässiger AGB	233
3.1.3.3. Inhalt der berechtigten Erwartung bei der Übernahme einer informationellen Rolle	241
3.2. Einschränkung berechtigter Erwartungen des Vertragspartners.....	243
3.2.1. Direkte Einschränkung berechtigter Erwartungen: Erteilen inhaltlich abweichender Informationen	243
3.2.2. Indirekte Einschränkung berechtigter Erwartungen: Verweigern einer Informationserteilung	246
3.2.2.1. Explizite/Implizite Weigerung zur Informations- erteilung	250
3.2.2.2. Nichtbeantwortung einer Frage als Weigerung zur Informationserteilung	251
3.2.2.3. Partielles Erteilen von Informationen als schlüssiges Verweigern einer weitergehenden Informationserteilung	253

3.2.2.4. Einräumen eines Zugangs zu Informationsquellen als schlüssiges Verweigern einer weitergehenden Informationserteilung	254
3.3. Zusammenfassung: Veränderung der Informationslast durch das vorvertragliche Verhalten der Parteien	261
4. Prinzipielle Einschränkung berechtigter Erwartungen: Grundaufmerksamkeit im Eigeninteresse	263
4.1. Exkurs 1: § 928 ABGB	265
4.1.1. Grundlagen	265
4.1.2. Nach § 928 ABGB gebotene Sorgfalt	267
4.1.3. Unterlassen einer Besichtigung, Untersuchung oÄ	271
4.1.4. Eigene Ansicht hinsichtlich des Unterlassens einer Besichtigung, Untersuchung oÄ	274
4.2. Exkurs 2: § 442 BGB	280
4.3. Sinngemäße Übertragbarkeit dieser Grundsätze auf vorvertragliche Informationspflichten: „Absolutes“ Grundprinzip des Selbstschutzes	291
4.3.1. Passive Grundaufmerksamkeit: Wahrnehmung offenkundiger Umstände	296
4.3.1.1. Voraussetzung: Tatsächliche Erkenntnis- möglichkeit	297
4.3.1.2. Gebotene Sorgfalt bei der Wahrnehmung von Informationen	299
4.3.1.2.1. Grundsatz: Passive Wahrnehmung offen- kundiger Umstände	300
4.3.1.2.2. Schlüssige Erhöhung: Wahrnehmung aller erkennbaren Umstände	301
4.3.1.3. Exkurs 1: Vermeintliche Kenntnisnahme	304
4.3.1.4. Exkurs 2: Abgelehnte Kenntnisnahme – Risikoübernahme	306
4.3.2. Schwerwiegende Verdachtsmomente	308
4.3.3. Ersichtlichkeit der Umstände aus den öffentlichen Büchern	310
4.4. Zusammenfassung: Grundaufmerksamkeit im Eigen- interesse	312
5. Exkurs 1: Aufklärung über geradezu Unmögliches iSd § 878 Satz 3 ABGB	314
6. Exkurs 2: Aufklärung über das Vorliegen eines Dissenses	319
7. Zusammenfassung: Informationspflichten aufgrund der Tragung der Informationslast	322
III. Subsidiäre Informationspflichten aufgrund positiven Wissens eines Vertragspartners	324
1. Exkurs: Sorglosigkeit des (potenziell) Aufklärungsberechtigten: Schutzunwürdigkeit oder Mitverschulden?	326

2. Positives Wissen	332
2.1. Gegenwärtiges und Vergangenes	334
2.2. Zukünftiges	340
2.3. Wissenszurechnung beim Einsatz von Gehilfen	345
2.3.1. Vorab: Wissenszurechnung als Wertungsfrage	348
2.3.2. Vermeidung der Schlechterstellung des Vertragspartners durch den Einsatz von Gehilfen („Schlechterstellungsargument“)	350
2.3.2.1. Inhaltliche Begrenzung des zurechenbaren Wissens bei der aufwärtsgerichteten Wissenszurechnung	352
2.3.2.1.1. Begrenzung nach der Art der Erlangung: Dienstliches und privates Wissen	354
2.3.2.1.2. Begrenzung nach der Art des Inhalts: Sachlicher Zusammenhang mit der übertragenen Aufgabe	356
2.3.2.1.3. Ausnahme dieser Begrenzungen: Vornahme der gesamten Vertragsanbahnung durch Gehilfen	357
2.3.2.1.4. Exkurs: Keine Wissenszurechnung bei Schädigung des eigenen Geschäftsherrn	359
2.3.2.2. Begrenzung des zurechenbaren Wissens bei der abwärtsgerichteten Wissenszurechnung	360
2.3.2.3. Horizontale Wissenszurechnung als Mischform	362
2.3.3. Gleichstellung juristischer mit natürlichen Personen („Gleichstellungsargument“)	362
2.3.3.1. Wissenszurechnung bei einfachen Vertretern juristischer Personen	362
2.3.3.2. Wissenszurechnung bei Organen juristischer Personen	363
2.3.4. Begrenzung der Wissenszurechnung durch die gebotene Sorgfalt	367
2.3.4.1. Gebotene Sorgfalt als begrenzendes Korrektiv der Zurechnungsfiktion	368
2.3.4.2. Inhaltliche Bestimmung der gebotenen Sorgfalt	373
2.3.5. Zeitliche Grenzen der Wissenszurechnung	376
2.3.6. Gegenläufige Aspekte bei der Wissenszurechnung	377
2.3.7. Exkurs 1: Positives Wissen, fiktives positives Wissen und Wissen-Müssen	378
2.3.8. Exkurs 2: Fahrlässiges Nicht-Wissen (Wissen-Müssen) und Nachforschungspflichten	382
2.3.9. Zusammenfassung	386
3. Materielle Interessenabwägung	390
3.1. Interessengegensatz zwischen den Parteien	394
3.1.1. Vertragstypus	395

3.1.2. Persönliche Ausgestaltung des Geschäftskontakts	397
3.2. Formelle Risikozuweisung von Informationen	
als Negativkriterium	403
3.2.1. Typische Geschäftsrisiken einer Partei	403
3.2.2. Unterscheidung zwischen notwendiger Eigenverantwortlichkeit und fehlender Fremd- verantwortlichkeit als graduelle Abstufung der Risikozuweisung	404
3.2.3. Exkurs: Irrtumsrechtliche Unterscheidung zwischen Geschäfts- und Motivirrtum	407
3.2.4. Notwendige Eigenverantwortlichkeit der Parteien	
als stärkste Risikozuweisung	413
3.2.4.1. Gemeiner Wert	413
3.2.4.1.1. Exkurs: Innenprovisionen und Rück- vergütungen („Kick-Backs“)	418
3.2.4.2. Günstigere Abschlussalternativen	423
3.2.4.3. Bürgschaftsrisiko	426
3.2.4.4. Künftige Umstände	428
3.2.4.4.1. Spekulationsgeschäfte	430
3.2.4.4.2. Künftiger wirtschaftlicher Erfolg	432
3.2.4.4.3. Künftige Erlangung von Genehmigungen, Bewilligungen, Konzessionen, Widmungen o.Ä.	438
3.2.4.4.4. Sonstige zukünftige Umstände.....	440
3.2.5. Fehlende Fremdverantwortlichkeit der Parteien	446
3.2.5.1. Eigener Vertragszweck	446
3.2.5.2. Eigener Verwendungszweck.....	448
3.2.5.3. Drittfinanzierte Geschäfte	452
3.2.5.4. Deckungsumfang einer Versicherungspolizze	455
3.2.5.5. Sonstige eigene Motive	457
3.2.5.6. Risikozuweisung durch die Parteien in der vorvertraglichen Verhandlungssituation	459
3.2.5.6.1. Risikozuweisung an eine Partei: Verweigern einer Auskunft	459
3.2.5.6.2. Zuweisung in den gemeinsamen Risikobereich: Ingerenz	461
3.3. Gegenläufige Rechte und Pflichten	464
3.3.1. Schweigerechte	465
3.3.2. Schweigepflichten (Geheimhaltungspflichten)	466
3.4. Inhaltliche Interessen der Parteien: Art und Ausmaß der drohenden Nachteile.....	470
3.4.1. Inhaltliche Interessen des (potenziell) Aufklärungs- berechtigten	472
3.4.1.1. Art der drohenden Nachteile	472

3.4.1.2. Ausmaß der drohenden Nachteile	473
3.4.1.3. Einschränkung: Berücksichtigung von Vorteilen	477
3.4.2. Inhaltliche Interessen des (potenziell) Aufklärungs-	
pflichtigen	478
3.4.2.1. Drohende Nachteile	478
3.4.2.1.1. Drohende direkte Nachteile	478
3.4.2.1.2. Drohende indirekte Nachteile	479
3.4.2.2. Schutz vor opportunistischem Verhalten	480
3.4.2.3. Schutz vor der Offenbarung einer Bedrängnis	481
3.5. Übergeordnete gesetzliche Ordnungsinteressen?	482
3.5.1. Rechtsökonomik und ökonomische Analyse	
des Rechtes	483
3.5.1.1. Allgemeines	484
3.5.1.2. Kritik	487
3.5.2. Sonstige Wertungen: Schutz des Schwächeren?	492
3.6. Zusammenfassung.....	495

3. Abschnitt

Gebotene Sorgfalt	499
--------------------------------	------------

1. Kapitel: Rechtswidrigkeit	499
---	------------

I. Objektiv gebotene Sorgfalt: Bestimmung der Maßperson	502
---	-----

1. Allgemeines	502
----------------------	-----

2. Vorvertragliche Informationspflichten	506
--	-----

II. Inhaltliche Bestimmung der objektiv gebotenen Sorgfalt

bei Informationspflichten	508
---------------------------------	-----

1. Wissensbezogene Sorgfalt.....	508
----------------------------------	-----

1.1. Sorgfaltsanforderungen an die Verfügbarkeit

von Wissen	508
------------------	-----

1.1.1. Objektiv gebotene Sorgfalt beim Informationserwerb	509
--	-----

1.1.1.1. Prinzip: Wissensstand, der jenem des	
maßgeblichen Verkehrskreises entspricht	510

1.1.1.2. Ausnahme: Weitergehende Nachforschungs-	
pflichten?.....	511

1.1.2. Sorgfalt beim Umgang mit Informationen.....	514
--	-----

1.1.2.1. Speicherung	515
----------------------------	-----

1.1.2.1.1. Erkennbarkeit der Speicherungs-	
notwendigkeit	515

1.1.2.1.2. Erkennbarkeit der Speicherdauer	517
--	-----

1.1.2.1.3. Art der Speicherung	519
--------------------------------------	-----

1.1.2.2. Abrufen von Informationen	519
--	-----

1.2. Sorgfaltsanforderungen an die inhaltliche Qualität	
des Wissens: Richtigkeit und Vollständigkeit	520

2. Irrtumsbezogene Sorgfalt	521
-----------------------------------	-----

2.1. Allgemeines: Kenntnis und Erkennbarkeit der Fehlvorstellung	521
2.2. Bestimmung der gebotenen Sorgfalt	524
2.2.1. Gebotene Sorgfalt: Passive Kenntnisnahme	524
2.2.2. Möglichkeiten der Kenntnisnahme einer Fehlvorstellung	530
2.2.2.1. Situationsbedingte Faktoren	531
2.2.2.1.1. Informationsdefizit	531
2.2.2.1.2. Irrtum	539
2.2.2.2. Personenbedingte Faktoren	541
2.2.2.2.1. Informationsdefizit	541
2.2.2.2.2. Irrtum	544
2.2.2.3. Informationsbedingte Faktoren	544
2.2.2.3.1. Informationsdefizit	544
2.2.2.3.2. Irrtum	545
2.2.2.4. Informationslastbedingte Faktoren.....	546
2.2.2.4.1. Informationsdefizit	546
2.2.2.4.2. Irrtum.....	550
3. Mitteilungsbezogene Sorgfalt	552
3.1. Art der Informationserteilung.....	552
3.1.1. Adressatenkreis	553
3.1.2. Interessenwiderstreit	555
3.2. Faktische Durchführung einer Informationserteilung	556
3.2.1. Exkurs: Zugang empfangsbedürftiger Willens- und Wissenserklärungen	556
3.2.2. Konsequenzen für Informationspflichten	558
2. Kapitel: Verschulden	560
I. Fahrlässigkeit	569
II. Vorsatz	571
4. Abschnitt	
Mitverschulden des Geschädigten	575
1. Kapitel: Allgemeines	575
2. Kapitel: Mitverschulden bei vorvertraglichen Informationspflichten	580
I. Einleitung und Abgrenzung.....	580
II. Eigene Ansicht	581
1. Informationspflichten aufgrund der Tragung der Informationslast	582
1.1. Kein Mitverschulden bei unterlassener Selbstinformation....	583
1.2. Mitverschulden bei einer geringfügigen Missachtung der stets gebotenen Grundaufmerksamkeit in eigenen Angelegenheiten	586

1.2.1. Abgrenzung: Gänzliche Zerstörung einer berechtigten Erwartungshaltung oder bloße Begründung eines Mitverschuldens	586
1.2.2. Inhalt der gebotenen Grundaufmerksamkeit	588
1.2.3. Fallgruppen	590
1.2.3.1. Zweifel aufgrund der Widersprüchlichkeit von Informationen	591
1.2.3.1.1. Widerspruch der Informationen in sich selbst	591
1.2.3.1.2. Widerspruch zum Wissensstand des Geschädigten	592
1.2.3.1.3. Widerspruch zu Allgemeinwissen	593
1.2.3.1.4. Widerspruch zu sonstigen realen Wahrnehmungen	594
1.2.3.2. Zweifel aufgrund der Art der Mitteilung von Informationen	595
1.2.3.3. Zweifel aufgrund der Übergabe weiterer Informationsquellen	596
1.2.3.4. Zweifel aufgrund der Person des Vertragspartners	600
2. Subsidiäre Informationspflichten aufgrund positiven Wissens: Mitverschulden bei unterlassener Selbstinformation	601
2.1. Inhalt der Obliegenheit zur Selbstinformation	601
2.2. Höhe des Mitverschuldens	606
III. Folgeschäden	611
IV. Schadensminderungspflicht	612
V. Zusammenfassung	614
5. Abschnitt	
Haftung für Gehilfen	617
1. Kapitel: Stellung als Erfüllungsgehilfe	618
I. Tätigwerden mit Willen des Schuldners	618
II. Anscheinserfüllungsgehilfe	619
2. Kapitel: Zurechnung im übertragenen Aufgabenbereich	622
3. Kapitel: Wahrzunehmende Sorgfalt des Erfüllungsgehilfen	624
6. Abschnitt	
Eigenhaftung des Gehilfen	629
1. Kapitel: Vorab: Schlüssiger Auskunftsvertrag?	630
2. Kapitel: Eigenhaftung des Gehilfen aus cic	632
I. Eigenständige Pflichten des Gehilfen	632
II. Entstehung eigener Pflichten des Gehilfen	636
1. Eigeninteresse	637
2. Inanspruchnahme besonderen Vertrauens	642

2.1. Vertrauensverhältnis?	642
2.2. Vertrauen in den Gehilfen als stereotyper Fall von dessen Eigenständigkeit	643
3. Kumulatives Vorliegen beider Aspekte	647
7. Abschnitt	
Schaden	649
1. Kapitel: Begriff und Ersatzfähigkeit des Schadens	649
I. Begriff eines Schadens im Rechtssinn: Reale Umsetzung des fehlerhaft gebildeten Willens	649
II. Umfang des ersatzfähigen Schadens	657
1. Vertrauensschaden im weiteren Sinn	657
2. Positiver Schaden und entgangener Gewinn	662
III. Maßgeblicher Zeitpunkt der Schadensfeststellung und Berechnung: Schluss der mündlichen Streitverhandlung erster Instanz	667
IV. Zurechenbarkeit eines Schadens an den Schädiger	669
1. Allgemeine schadensbezogene Haftungsvoraussetzungen	670
1.1. Kausalität	670
1.1.1. Konkretisierung des Inhalts des Kausalzusammen- hangs	672
1.1.2. Bestimmung der Kausalität mittels der condicio sine qua non	680
1.1.2.1. Theoretischer Hintergrund der condicio sine qua non: Vergleich mit einer Hypothese	680
1.1.2.1.1. Reichweite der Hypothese	681
1.1.2.1.2. Probleme und Grenzen der Hypothese	683
1.1.2.1.3. Die condicio sine qua non als Negativ- beweis	684
1.1.2.1.4. Weitergehende Bedeutung der Hypothese als Beweis des entgangenen Gewinnes	686
1.1.2.2. Bestimmung des Ausgangspunkts der Hypothese ...	687
1.1.2.2.1. Aktives Verhalten ist zur Gänze rechtswidrig	690
1.1.2.2.2. Unterlassung (passives Verhalten) ist rechtswidrig	691
1.1.2.2.3. Ein Teil eines aktiven Verhaltens ist rechtswidrig	693
1.1.2.2.4. Kombination aus aktivem und passivem Verhalten ist rechtswidrig	698
1.1.3. Resultat	702
1.2. Adäquanz	704
1.3. Rechtswidrigkeitszusammenhang	705

2. Bestimmung der Zurechenbarkeit von Primär- und Folgeschäden	710
2.1. Problemstellung	710
2.2. Eigene Ansicht: Abstellen auf den Eintritt eines Risikos in den Vermögensgütern des Geschädigten	713
2.3. Allgemeingültigkeit der Risikobetrachtung.....	719
2.4. Prüfung der Zurechenbarkeit aller Einzelrisiken	721
2.5. Exkurs: Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Differenzrechnung.....	725
2.6. Conclusio	727
3. Exkurs: Zeitliche Begrenzung der Zurechnung	728
2. Kapitel: Schadensbehebung	731
I. Zurückversetzung in den vorigen Stand	733
1. „Einfache Naturalrestitution“: Herstellung des Zustandes vor Schädigung	733
2. „Doppelte Naturalrestitution“: Herstellung des heutigen hypothetischen Zustandes.....	737
2.1. Scheinbare Vorteile der „doppelten Naturalrestitution“	738
2.2. Scheinbare Vermeidung der Festlegung eines bestimmten Zeitpunkts der Schadensfeststellung	740
2.3. Missachtung des Begriffs des positiven Schadens	743
2.4. Veränderung der Beweislast.....	746
3. Notwendigkeit einer „gemischten Naturalrestitution“ zur Wahrung der Risikoverteilung zwischen den Parteien	753
II. Wertersatz	757
1. Konkrete Schadensberechnung als Prinzip des Schadenersatzrechts	758
2. Ermittlung der Schadenshöhe durch Differenzrechnung	765
2.1. Wahl des Vergleichszeitpunkts	765
2.2. Berücksichtigung der Risikoverteilung zwischen den Parteien	768
3. Zusammenfassung	774
8. Abschnitt	
Beweislast	777
1. Kapitel: Allgemeines	777
I. Anscheinsbeweis	777
II. Indizienbeweis	780
III. Beweislastumkehr	780
2. Kapitel: Beweis des Schadens	782
3. Kapitel: Beweis der Rechtswidrigkeit	786
I. Allgemeine Verteilung der Beweislast.....	786

II. Beweislastumkehr des § 1298 ABGB	788
1. Umfang der Beweislastumkehr des § 1298 ABGB	789
2. Inhalt der Beweislastumkehr des § 1298 ABGB	790
2.1. Allgemeines	790
2.2. Inhalt der Beweislastumkehr: „Sorgfaltseinhaltungs- beweis“	791
2.3. Abgrenzung: Keine Beweislast des Schädigers für „Sorgfaltsfeststellungsbeweis“	792
2.4. Exkurs: Verwechslungen von fehlender Rechtswidrigkeit und Kausalität	796
2.5. Conclusio	796
3. Anknüpfungspunkt der Beweislastumkehr des § 1298 ABGB	797
3.1. Lehre und Rechtsprechung	798
3.2. Unstrittiger Ausgangspunkt: Nichterfüllung einer vertraglichen Hauptleistungspflicht	800
3.3. Ausdehnung des Anwendungsbereichs des § 1298 ABGB ...	800
3.3.1. Problemstellung	800
3.3.1.1. Möglicher Anknüpfungspunkt 1: Ausbleiben eines final umschriebenen Erfolges (Pflichtwidrigkeit)	801
3.3.1.2. Möglicher Anknüpfungspunkt 2: Materieller Zusammenhang mit Verhaltensunrecht	805
3.3.2. Eigene Ansicht	806
3.3.2.1. Indizwirkung von belastenden Momenten	806
3.3.2.2. Abgeschwächter Garantiedanke	815
3.3.2.3. Haftungsverschärfung bei Sonderverbindung	816
3.3.2.4. Sphärengedanke?	817
3.3.2.5. Conclusio	819
4. Beweisschema bei Aufklärungspflichten	820
4. Kapitel: Beweis der Kausalität	821
I. Inhalt und Art des Kausalitätsbeweises	821
1. Allgemeines	821
2. Positiver Schaden	823
2.1. Art des Kausalitätsbeweises	823
2.2. Inhalt des Kausalitätsbeweises für den positiven Schaden bei der Verletzung von Aufklärungspflichten	825
3. Entgangener Gewinn	830
3.1. Art des Kausalitätsbeweises	830
3.2. Inhalt des Kausalitätsbeweises für den entgangenen Gewinn bei der Verletzung von Aufklärungspflichten	831
4. Exkurs: Keine Risikouberwälzung durch Teil- ersatzbegehren	832
II. Umkehr der Beweislast beim Kausalitätsbeweis?	834

1. Lehre und Rechtsprechung	836
2. Eigene Ansicht	840
2.1. Ablehnung einer Beweislastumkehr	840
2.2. Conclusio	844
2.3. Exkurs 1: Übertragbarkeit auf die Irrtumsveranlassung durch Unterlassen.....	844
2.4. Exkurs 2: Beweislast beim als „rechtmäßiges Alternativ- verhalten“ bezeichneten Teil der Kausalität.....	846
III. Reduktion des Beweismaßes beim Kausalitätsbeweis.....	850
1. Wahrscheinlichkeit der Hypothese	852
2. Keine Differenzierung zwischen Tun und Unterlassen	854
3. Unanwendbarkeit des Anscheinsbeweises bei freiem Willensentschluss?.....	858
 5. Kapitel: Beweis der Adäquanz und des Rechtswidrigkeits- zusammenhangs	 860
6. Kapitel: Beweis des Verschuldens	860
 9. Abschnitt	
Verjährung	863
1. Kapitel: Eintritt eines Schadens	865
2. Kapitel: Kenntnis des Schadenseintritts	866
 Zusammenfassung der Ergebnisse	 871
 Stichwortverzeichnis	 889